

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen, und für den Rest der Postzeitungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. —
Sprech- und Anschlag Nr. 23.

Telegraphische Anzeigen: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 298

Sonnabend, den 22. Dezember 1928

23. Jahrgang

Entspannung in Südamerika

Der bolivianische Senat hat in einem Beschluß der Regierung dafür, daß sie sich bereit erklärt hat, die Vermittlung und guten Dienste der Panamerikanischen Konferenz zur Beilegung des Konfliktes mit Paraguay sein Vertrauen ausgesprochen. Die Konferenz weiter, hat sich die Spannung und Unerfreulichkeit der Verhandlung Bolivians in dem Augenblick gelegt, wo es bekannt wurde, daß beide miteinander im Konflikt stehenden Staaten dem Vermittlungsversuche zustimmen. Es sei wahrscheinlich, daß die Krise ebenso rasch aus der Welt verschwinde, wie sie entstanden sei.

Churchill über den Sachverständigenausschuß

Im englischen Unterhaus erklärte Churchill in Erwiderung auf verschiedene Anfragen, daß die Einsetzung des Sachverständigen-Ausschusses unmittelbar bevorstehe. Alle Fragen seien in der bestmöglichen Weise geklärt worden und zwischen allen beteiligten Regierungen sei eine vollkommene Einigung erzielt. Er hoffe, daß noch in dieser Woche eine offizielle Mitteilung erfolgen könne.

Die Franzosen verhaften weiter

Die „Königliche Volkspolizei“ meldet aus Koblenz: Die durch die in den letzten Tagen vorgenommenen Verhaftungen aufgerollte Welle zieht immer weitere Kreise. Vorgestern ist wieder ein Beamter des Reichsvermögensamtes von den Franzosen verhaftet und dann in seine Wohnung gebracht worden, wo er seitdem unter militärischer Bewachung gehalten wird. Eine Anzahl anderer Beamter ist von den Franzosen bereits zur Vernehmung vorgeladen. Da die französische Staatsanwaltschaft den deutschen Behörden keine Mitteilungen macht, ist der wahre Grund für das Vorgehen der Befehlshaber bis jetzt nicht zu erkennen. Man weiß nur, daß die hiesigen Verhaftungen mit der Mainzer Affäre in Verbindung stehen.

Denkmal für die 13 von den Franzosen erschossenen Kruppischen Angestellten

Auf dem Essener Ehrenfriedhof wurde gestern nachmittag das von Professor Leberer geschaffene Denkmal für die am Karfreitag 1923 den französischen Kugeln zum Opfer gefallenen Angehörigen in die Obhut der Stadt Essen übergeben.

Der Reichsbahnkommissar gegen Tarifserhöhung

In dem Jahresbericht des Eisenbahnkommissars äußert sich der Kommissar gegen eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife. Nach seiner Anschauung liegt Grund zu der Annahme vor, daß die Reichsbahn bei Durchführung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren ihre Ausgaben decken kann, ohne erneut zu dem Mittel einer Tarifserhöhung greifen zu müssen. Im Hinblick auf etwaige Lohnforderungen wird allerdings vorläufiger hinzugefügt: „Bedingung hierfür ist allerdings, daß ihr nicht neue, unvorhergesehene Lasten auferlegt werden, die ihre persönlichen oder sächlichen Ausgaben vermehren und das Gleichgewicht ihres Betriebshaushaltes stören würden“.

Wird der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren sich ändern?

Bericht des Kommissars bei der Reichsbank

Der Kommissar bei der Reichsbank, G. W. J. Bruins, veröffentlicht jetzt seinen Bericht für die Zeit vom 1. September 1927 bis 31. August 1928. In den Schlussbetrachtungen heißt es u. a.:

„Eine tiefgreifende Reorganisation und Rationalisierung des Wirtschaftslebens hat stattgefunden; die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung hat sich bedeutend gehoben und hat für einen großen Teil der Arbeiterbevölkerung die Vorkriegshöhe wieder erreicht oder abertrifft.“

Weniger günstig als im übrigen Wirtschaftsleben — obgleich hier und da eine Besserung festgestellt werden kann — bleibt die Lage in der Landwirtschaft, wo die Möglichkeiten, den hohen Zinsfuß innerhalb der Betriebe selber zu kompensieren oder aber die hohen Zinslasten auf den Verbraucher abzumwälzen, bedeutend geringer sind. Der vielfach modernisierte Produktionsapparat verschafft rund vier Millionen Arbeitenden mehr Arbeit, als es vor dem Kriege innerhalb desselben Betriebsumfanges der Fall war, und eine große Anzahl von lange Zeit unbefriedigt gebliebenen öffentlichen Bedürfnissen hat inzwischen befriedigt werden können. Der Preis hierfür ist jedoch eine zusätzliche jährliche Zinslast dem Ausland gegenüber, welche jetzt eine halbe Milliarde Reichsmark sicher bedeutend übersteigt.

Ein besonderer Faktor ist der demnächst zu erwartende Rückgang des Angebots von neuen Arbeitskräften, der eine Folge des Geburtenausfalls während der Kriegsjahre sein wird. Die Zahl der Kinder, die in dem Jahren 1922 bis einschließlich 1925 hunderttausend

Die Kämpfe um Kabul

Ein unmittelbarer Bericht aus Kabul

Die Moskauer Presse veröffentlicht folgende unmittelbare Meldung aus Kabul:

„Am 14. Dezember, gegen 4 Uhr nachmittags, eröffneten Banden des ausländischen Russen-Stammes, die auf der Tscharikarstraße bis Kabul vorgezogen waren, unvermittelt einen Angriff auf Kabul. Die Banden, die sich den Anführer mobilisierter Soldaten gegeben hatten, besetzten im nordwestlichen Vorort Kabuls das Militärhospital auf der Anhöhe Bagibala, die Kabul beherrscht, ferner eine Kriegsschule, mehrere Befestigungen und einige Munitionsdepots. Gegen Abend besetzten die Aufständischen ihre Stellungen. Am nächsten Morgen versuchten sie einen erneuten Vorstoß, wobei es ihnen gelang, weiter in Richtung auf die Mitte der Stadt vorzudringen. Sie erreichten das italienische Gesandtschaftsgebäude und besetzten den Flugplatz, das Palais Dilagusa und die Gegend um die persische und um die türkische Gesandtschaft. Gegen Abend machten die Regierungstruppen dem weiteren Vormarsch der Aufständischen, die sich auf ihre früheren Stellungen zurückzogen, ein Ende. Des Nachts erhielten die Aufständischen neue Verstärkungen.“

Am 16. Dezember betrug die Gesamtstärke der Aufständischen etwa 8000 Mann. Den ganzen Tag dauerte der erbitterte Kampf um die Vororte, den Flugplatz und den die Stadt Kabul beherrschenden Berggipfel an. Die Lage der Verteidiger der Stadt war überaus schwierig, da in Kabul keine ausreichenden Truppen lagen und die Verstärkungen nur langsam vordrängten. Durch die vereinten Bemühungen der Truppen, der Mannschaften von der Luftfahrt und Angehörigen der bewaffneten Bevölkerung gelang es jedoch, den Vormarsch der Aufständischen aufzuhalten. Die hartnäckigen Kämpfe dauerten den ganzen Abend und die ganze Nacht an. Während der Nacht trafen Verstärkungen aus den benachbarten Ortshäfen Logar und Gardez sowie Truppen sibirischer Volksstämme ein.

Am 17. Dezember gingen die Regierungstruppen, unterstützt von Flugzeugen, zum Angriff über und drängten gegen Abend den Gegner von Kabul in Richtung auf Bagman und auf die Tscharikarstraße zurück. Die Aufständischen besetzten sich auf den Anhöhen, die das Kabul von der Tscharikarstraße trennen, nordwestlich von Kabul. Ferner wurde die Anhöhe Bagibala von den Aufständischen besetzt.

Am 18. und am 19. Dezember dauerten die harten Kämpfe fort. Besonders hartnäckig verteidigten die Aufständischen ihre Stellung auf der Bagibala-Anhöhe. Bis zum 19. Dezember abends führte der vereinte Angriff der Regierungstruppen und der

Flugzeuge auf diese Stellungen noch keine Entscheidung herbei. Die Regierungstruppen erhalten unaufhörlich Verstärkungen. Auch aus Kandahar sind Truppen eingetroffen. Das Kraftwerk in Tschabal Garadscha, dem die Strombelieferung Kabuls obliegt, wurde von den Aufständischen beschädigt, so daß Kabul abends und nachts in Dunkel gehüllt ist. Ebenso war die Tätigkeit der Funkstationen unterbrochen. Die Anhöhe bei Bagibala wird unaufhörlich von der Artillerie und aus Flugzeugen der Regierungstruppen beschossen.

Am 18. Dezember erschien über Kabul ein englisches Militärflugzeug, das die Post der englischen Gesandtschaft abwarf. Bei der geringen Höhe des Fluggerätes geriet das Flugzeug in die Reichweite des Gewehrfeuers, trug eine Anzahl Beschädigungen davon und mußte auf dem Flugplatz niedergehen. Zwei Stunden später erschien ein zweites Flugzeug, das die Stadt Kabul mehrmals umkreiste und dann in Richtung auf Peshawar (Indien) abflog. Während des Fluges über Kabul stand das Flugzeug mit der englischen Gesandtschaft in Funkverbindung. Am 19. Dezember erschien nochmals ein englisches Militärflugzeug, das sich gleichfalls mit der englischen Gesandtschaft in Funkverbindung setzte und über der Stadt Flugblätter abwarf, in denen es u. a. hieß:

„Sollten vom afghanischen Volke Gewalttätigkeiten gegen britische Beamte oder gegen Gesandtschafts- und Konsulatsgebäude erfolgen, so wissen wir, daß die englische Regierung alle Maßnahmen treffen wird zur Entschädigung für jegliche Einbußen, die Beamte oder das Eigentum der Gesandtschaft und der Konsulate erleiden werden.“

Diese Flugblätter erregten starken Unwillen in den Kabuler Afghanenkreisen.“

Beruhigung in Afghanistan

Wieder telegraphischer Verkehr

Die Berliner Afghanische Gesandtschaft hat laut „Berl. Lokalanzeiger“, gestern ein Telegramm aus Kabul erhalten, demzufolge die Aufständischen von den Regierungstruppen gestreut worden seien und die Luftstabsbewegung als erloschen angesehen werden könne. Auch das kantonartige Amt steht nach dem Bericht mit der deutschen Gesandtschaft in Kabul wieder in telegraphischer Verbindung, und die letzten hier eingegangenen Meldungen scheinen dafür zu sprechen, daß die afghanische Regierung die Lage beherrscht, und daß für die dort befindlichen Deutschen gegenwärtig nichts zu befürchten ist. Die Verbindungsstraße nach Peshawar scheint allerdings noch gesperrt zu sein.

tig wurden, blieb durchschnittlich unter 700 000, d. h. nur wenig mehr als die Hälfte der Zahl aus den früheren Jahren. Davon wird auch der Wohnungsmarkt in einer späteren Periode beeinflusst werden.

Wie immer sich die Zukunft entwickeln mag, sicher ist, daß die Gegenwart noch gänzlich unter dem Druck des augenblicklichen ernstesten Kapitaldefizits steht.“

Schaumburg-Lippe und Preußen

Der Reichsinnenminister hat sich laut Berliner Tageblatt bereit erklärt, in der Angelegenheit der Wiederaufnahme der Anschlussverhandlungen zwischen Schaumburg-Lippe und Preußen die Vermittlung zu übernehmen und zur Aufnahme der Vorverhandlungen einen Beamten seines Ministeriums nach Bielefeld zu entsenden, die Verhältnisse zu studieren. In offiziellen Kreisen wird das Vorgehen Seiner Excellenz außerordentlich begrüßt.

Störung in Marokko

Nach einer von einigen Pariser Abendblättern wiedergegebenen Meldung aus Keivan herrscht unter den Stämmen der Senhadja und Pharan in Marokko eine gewisse Erregung, die angeblich auf die Agitation eines Stammesführers zurückzuführen ist, der überall bei den Stämmen die bevorstehende Rückkehr Abd el Krims ankündigt. Es sind Truppen entsandt worden, um Unruhen vorzubeugen und um den Agitator namens Djalal Qusein festzunehmen.

Reichsverkehrsminister von Guérard über den Reichsbahnkonflikt

Reichsverkehrsminister v. Guérard hat sich gegenüber dem „Dresdener Anzeiger“ über den Reichsbahnkonflikt ausgesprochen, sollte ein Urteil des Staatsgerichtshofes zu Ungunsten der Reichsregierung kommen, so würde sie sich ihre weiteren Maßnahmen vorbehalten müssen. Unter Umständen müßte die Damesgesetzgebung entsprechend geändert werden, um zu vermeiden, daß ein Zustand einträte, in dem die Stimmen der Reichsregierung im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht mehr

ausreichend zur Geltung kommen. Über die prozessuale Seite des Konflikts erklärte der Minister, denn der Staatsgerichtshof behauptete, daß das Reich sich durch die Ernennungen formal ins Unrecht gesetzt habe, werde das von der Reichsregierung energisch zurückgewiesen und demgegenüber betont, daß der Staatsgerichtshof nicht das Recht habe, einer der streitenden Parteien die Wahrnehmung ihrer Rechte zu verweigern. Jedenfalls wolle die Reichsregierung den Vorwurf weit von sich, daß sie sich irgendeine Verfehlung in prozessualer Hinsicht habe zuschulden kommen lassen.

Warum Dr. Simons zurücktritt

Eine Erklärung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons gab gestern nachmittag Vertretern der Presse gegenüber zu den in der gestrigen Morgenpresse verbreiteten Nachrichten über sein Rücktrittsgesuch folgende Erklärung ab:

„Es ist richtig, daß ich unter dem 18. d. Mts. gleichzeitig mit der Eingabe, in der ich namens und im Auftrag des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich um Benennung für die Besetzung des Terminals vom 15. Dezember durch die Reichsregierung gebeten habe, um meine Verabschiedung eingekommen bin. Es geschah, weil ich die Verantwortung dafür trage, daß nicht alsbald nach dem Eingang des Antrags Bandens auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich wegen Offenhaltung der zum 1. Januar 1929 freierwerbenden Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ich als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, wozu ich nach meiner Auslegung meiner Geschäftsordnung befugt war, eine entsprechende Verfügung erlassen habe. Die Reichsregierung gewann dadurch die Frist, die sie benutzt hat, um die Stellen zu besetzen.“

Ich habe die Verfügung unterlassen, weil das Reich gegen eine solche Anordnung eingelegt und